

Bedingungen für gute Präventionsarbeit – Wir brauchen Sie!

Kurzdarstellung

Die Ausarbeitung betont die Notwendigkeit effektiver Drogenprävention, insbesondere im Kontext des tragischen Drogentods eines 15-jährigen Mädchens in Rathenow. Die Autoren, Mitglieder des Facharbeitskreises Drogenprävention Westhavelland („FAK Drogen“), drücken ihr Mitgefühl für die Angehörigen des Opfers aus und setzen sich dafür ein, solche tragischen Vorfälle und Suchtkarrieren zu verhindern.

Die wichtigsten Aspekte für eine gelingende Präventionsarbeit sind:

1. **Transparenz und Offenheit:** Der Facharbeitskreis betont die Notwendigkeit, offen über Drogenkonsum, Missbrauch und Sucht zu sprechen, um das Problem anzuerkennen und dagegen anzugehen. Dies erfordert die Zusammenarbeit von Schulen, Familien, Kommunen und Politikern.
2. **Repression und Jugendschutz:** Es wird betont, dass Drogenkonsum nicht toleriert werden darf. Jugendschutzgesetze und Betäubungsmittelgesetze sollten strikt eingehalten werden, insbesondere in Schulen und Jugendeinrichtungen. Vereinbarungen über Konsequenzen bei Drogenkonsum sollten getroffen und durchgesetzt werden.
3. **Jugendsozialarbeit:** Eine verlässliche Grundstruktur in der Jugendsozialarbeit wird als entscheidend angesehen, um junge Menschen in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Besonders in problematischen Umgebungen sollte mehr Unterstützung angeboten werden.
4. **Frühe Prävention:** Die Grundlagen für erfolgreiche Präventionsarbeit sollten früh gelegt werden, vor allem in Kitas und Grundschulen. Resilienz und Selbstwirksamkeit sollen in dieser Zeit entwickelt werden, um Suchtgefahr später zu reduzieren.
5. **Zusammenarbeit mit Schulen:** Eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen und sozialer Arbeit wird als unerlässlich angesehen. Präventionsthemen sollen in den Lehrplänen verankert werden, und Lehrkräfte sollen geschult werden, um konsumierende Kinder zu erkennen und angemessen damit umzugehen.
6. **Koordinierung und Partnerschaften:** Die Zusammenarbeit vieler Akteure, einschließlich Eltern, Kinderärzten, Kitas und anderen, wird als notwendig betrachtet, um gemeinsame Ziele in der Präventionsarbeit zu setzen. Dies erfordert eine Koordinierung auf regionaler oder kommunaler Ebene.
7. **Politische Unterstützung und Ressourcen:** Der Facharbeitskreis Drogen fordert politische Unterstützung und Ressourcen, um wirksame Präventionsarbeit zu gewährleisten. Sie betonen, dass die politischen Vertreterinnen und Vertreter die Voraussetzungen für erfolgreiche Prävention schaffen und finanzielle Mittel bereitstellen müssen.

Das Positionspapier appelliert an politische Entscheidungsträger und die Gemeinschaft, sofort Maßnahmen zu ergreifen, um effektive Drogenprävention zu fördern und nicht auf weitere tragische Ereignisse zu warten. **Wir brauchen gute Veränderungen!**

Prävention macht man nicht nebenbei – wir brauchen Sie!

Nach dem tragischen Drogentod eines 15-jährigen Mädchens in Rathenow möchten wir, die Mitwirkenden des Facharbeitskreises Drogenprävention Westhavelland („FAK Drogen“), den Angehörigen unser tiefes Mitgefühl zum Ausdruck bringen.

Um solche Fälle und Suchtkarrieren zu verhindern, ist der Facharbeitskreis Drogen (FAK Drogen) seit Anfang 2018 mit der Idee gegründet worden, den suchtpreventiven Gedanken im alltäglichen Miteinander voranzubringen. Unter anderem wurden Schülerveranstaltungen, Informations- und Elternabende sowie die Erstellung eines Methodenkataloges für Schulen geschaffen. Darüber hinaus wurde ein funktionierendes Netzwerk der handelnden Akteure im westlichen Havelland installiert.

Mit diesem Papier möchten wir unsere Erfahrungen in der Organisation von Präventionsarbeit teilen. Woran liegt es, dass fünf Jahre nach der Gründung des Facharbeitskreises ein solcher Fall passieren kann?

Was braucht es aus unserer Sicht, um die Wahrscheinlichkeit weiterer (minderjähriger) Drogenopfer zu senken?

Es braucht Transparenz!

Ein großes Hemmnis der Drogen-Präventionsarbeit liegt darin, dass niemand gerne über Probleme mit Drogen redet. Schulen, Familien, Kommunen und die Politikerinnen, niemand möchte mit dem negativen Image des Drogenkonsums behaftet sein.

Der Facharbeitskreis hat in den ersten Jahren seiner Arbeit viel Energie dafür aufgebracht, das Problem „beweisen“ zu müssen. Zahlen über Krankenhauseinlieferungen aufgrund von oder unter Einfluss von Drogen waren nicht recherchier- oder einholbar.

Erst eine eigene Befragung von über 400 Jugendlichen, die einen quantitativ hochbedenklichen und früh einsetzenden Konsum von Drogen aufdeckte und die authentischen und mutigen Berichte aus dem Rettungsdienst waren nötig, um das Thema mit (kommunal-)politischer Aufmerksamkeit zu belegen.

Wenn wir als Gesellschaft weniger Drogenintoxikationen und -opfer wollen, müssen zunächst alle Involvierten offen über Konsum, Missbrauch und Sucht sprechen. Nur so kommt das Problem zu den Verantwortlichen und nur diese können dann die notwendigen Ressourcen für die Präventionsarbeit, aber auch für die Repression zur Verfügung stellen.

Es braucht auch Repression!

Prävention und Repression funktionieren nicht ohneeinander. Dabei beginnt Repression nicht bei der Polizei.

Drogenkonsum darf nicht toleriert werden. Auf die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes und des Betäubungsmittelgesetzes muss jede und jeder achten, insbesondere aber Mitarbeitende in Schulen und Jugendeinrichtungen.

Jede dieser Einrichtungen sollte mit den Nutzenden eine Suchtmittelvereinbarung abschließen. Darin ist festgelegt, welche Konsequenzen Drogenkonsum innerhalb dieser

Einrichtung hat. Die darin formulierten Konsequenzen müssen dann im Falle des Konsums verlässlich eintreten, z.B. die Inanspruchnahme eines Hilfsangebotes.

Wenn Konsum, Handel oder Beschaffungskriminalität im öffentlichen Raum durch die Polizei festgestellt und ausermittelt werden, braucht es Staatsanwaltschaften und Gerichte als Partner, die für eine zeitnahe Anklage und Aburteilung sorgen. Dabei ist es wichtig, dass auch „kleinere“ Vergehen zu spürbaren Bestrafungen führen. Eine regelmäßige Einstellung von Verfahren wegen „Geringfügigkeit“ führt dazu, dass Drogenhandel aus Sicht der Dealer zum „Kavaliersdelikt“ wird.

Drogenkonsum und -handel müssen als verbotenes Verhalten erkennbar sein. Dies lässt sich nur durch eine konsequente Repression auf allen Ebenen erreichen.

Es braucht eine verlässliche und stetige Grundstruktur in der Jugendsozialarbeit!

Grundsätzlich muss dafür gesorgt werden, dass eine verlässliche und dauerhafte Struktur an kompetenten Ansprechpersonen (Lehrende, Schulsozialarbeit, Jugendarbeit, Beratungsangebote, kompetente Eltern) im Umfeld der jungen Menschen vorhanden ist. Es ist vorhersehbar, dass der Bedarf dafür nicht rückläufig ist, sondern steigen wird, da globale und individuelle Problemlagen zunehmen und vergangene Krisen nachwirken.

Auch die Verfügbarkeit von Drogen wird sich in absehbarer Zeit aus unserer Sicht nicht verringern. Durch die sich abzeichnende Legalisierung von Cannabis entsteht ein zusätzlicher Präventionsbedarf.

Schulsozialarbeit (SSA) wirkt als ein Baustein der Präventionsarbeit bereits für sich. Die Steigerung sozialer Kompetenzen durch das soziale Lernen (z.B. Einführung des Klassenrates) führt dazu, dass junge Menschen eigene Befindlichkeiten gegenüber anderen kommunizieren können. Dies erhöht die Chance, dass in der Interaktion mit anderen Problemlösungen gefunden werden, die als wirkungsvoller erlebt werden als die emotionale Flucht durch Drogen.

Sozialarbeiterische/ sozialpädagogische Angebote müssen an jedem Schulstandort nach einer verlässlichen Quote (z.B. mindestens eine Vollzeitstelle je 200 Schülerinnen und Schüler) vorgehalten werden. Brennpunkte mit einer hohen Armutsgefährdung oder einer hohen Zahl von Schülerinnen (und Eltern) mit Suchtproblemen oder einer hohen Konflikt- bzw. Gewaltbereitschaft müssten mit einem höheren Faktor bewertet und dort mehr Stellen der SSA verortet werden.

Aber auch für die konkrete Präventionsarbeit ist die Jugendsozialarbeit ein notwendiger Partner. In außerschulischen Settings lassen sich Räume schaffen, in denen ohne hierarchische Strukturen (Stichwort „Lehrer-Schüler-Beziehung“) zu Erfahrungen mit und Gefahren von Drogen gearbeitet werden kann. Das wirkt.

Die Finanzierung muss klar geregelt sein und darf nicht an der gemeindlichen Finanzkraft (oder -schwäche) hängen. Diesbezüglich ist auch der aktuelle Entwurf des Brandenburgischen Kinder- und Jugendgesetzes völlig unzureichend.

Jugendsozialarbeit ist eine notwendige Unterstützung für junge Menschen beim Aufwachsen in einer freien Welt. Die zuständigen Stellen müssen verlässliche und hinreichende Strukturen schaffen und dürfen die steigenden Kosten in den Familien- und stationären Hilfen- und Krisenstellen nicht durch Einsparungen im Bereich der Jugendsozialarbeit und Präventionsarbeit kompensieren oder die Finanzierungsverantwortung anderweitig von sich weisen. Sie müssen unmissverständlich zur Finanzierung verpflichtet werden.

Es braucht einen frühen Beginn von Prävention!

Die Grundsteine für eine erfolgreiche Präventionsarbeit können nicht früh genug gelegt werden. Der Facharbeitskreis ist seit neusten u.a. darum bemüht, den Präventionsgedanken in unserer Stadt auch in die Kitas und Grundschulen zu tragen. Dafür hat sich eine Unterarbeitsgruppe im Facharbeitskreis gebildet, die darum bemüht sein wird, sich auf die Zielgruppe der Jüngsten zu konzentrieren. Die ersten entscheidenden Grundlagen für das Erwerben von Resilienz, d.h. der eigenen psychischen Widerstandskraft, und einer starken Selbstwirksamkeit werden in diesen jungen Jahren der Kita- und Grundschulzeit erworben. Diese erlernbaren Fähigkeiten können später maßgeblich darüber mitentscheiden, ob sich eine erhöhte Suchtgefahr in der Pubertät und der Adoleszenz zu einer beginnenden Suchtkarriere entwickeln wird oder nicht.

Es braucht Schule als Partner!

Eine konstruktive und vor allem kooperative Zusammenarbeit zwischen Schule und sozialer Arbeit ist essenziell. Schulsozialarbeitende können nur ein Teil der Präventionsarbeit sein, nicht aber Alleinverantwortliche.

Präventionsthemen sollten prüfungsrelevant in die Rahmenlehrpläne implementiert werden. So bietet sich für Lehrkräfte ein konkreter Ansatz, Prävention verpflichtend im Unterricht aufzugreifen. Sei es in Biologie, Chemie, Ethik oder Sozialkunde: Anbindungen zu körperlichen und seelischen Auswirkungen lassen sich in fast alle Fächer integrieren.

Aufklärung sollte auch für das Lehr- und Schulpersonal angeboten und bereits im Studium und spätestens im Referendariat angedockt werden. Ziel sollte es sein, dass das Schulkollegium konsumierende Kinder erkennt und fachkompetent damit umzugehen weiß.

Auch der Quer- und Seiteneinstieg muss sich im Rahmen des Kinder- und Jugendschutzes über die besondere Garantenstellung als Lehrkraft bewussten werden und entsprechend pädagogisch handeln bei einer Gefahrenlage. Dies muss bereits in die pädagogische Grundqualifizierung einfließen, sodass die Kolleginnen professionell geschult werden können.

Anbieter von Interventionen und Therapien sind überlaufen, haben lange Wartelisten oder bieten gar keine Plätze mehr an. Umso wichtiger ist der Auf- und Ausbau eines Krisenteams für den Standort Schule. Die Institutionen müssen systemisch auf Vorfälle vorbereitet sein.

Die schulische Sucht- und Drogenprävention sollte sich in ein regionales Präventionscurriculum einfügen, in dem präventive Maßnahmen von der frühen Kindheit bis zum Erwachsenenalter zwischen den Bildungsakteuren abgestimmt werden.

Es braucht viele Partner und jemanden, der alle zusammenbringt!

Die wichtigsten Erziehungsakteure sind die Eltern. Ohne sie – oder gegen sie – kann in der Prävention nichts erreicht werden. Die Angebote für Eltern sollen ausgebaut werden. Dabei darf die Befürchtung, dass „immer die kommen, die es nicht brauchen.“ nicht dazu führen, dass Angebote zurückgefahren werden. Im Gegenteil ist eher zu überlegen, ob nicht Methoden des „digitalen Erziehungs-Marketing“ eher zum Erfolg führen, also unterstützende Informationen über digitale Medien zu den Eltern zu transportieren, als klassische Elternabende zu veranstalten.

Um dies zu organisieren und alle oben benannten und weitere noch nicht benannte Akteure (Kinderärzte, Kitas und Horte etc.) an einen Tisch zu bringen, um sich gemeinsamer Ziele zu versichern und abgestimmte Aktionen zu planen, braucht es Koordinierung auf regionaler bzw. kommunaler Ebene.

Die Stadt Rathenow hat sich entschlossen, eine solche Koordinierung auf freiwilliger Basis zu finanzieren. Doch zu erwartende Engpässe in der kommunalen Finanzausstattung könnten in Zukunft dafür sorgen, dass die Aktivitäten in der Präventionsarbeit aufgrund zwingend notwendiger Haushaltseinsparungen zurückgefahren werden müssen.

Es braucht politischen Willen und Ressourcen!

Daher fordern wir Sie auf, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um gute Präventionsarbeit aufzubauen und (gesetzlich) abzusichern.

Die Voraussetzungen für gute und nachhaltige Prävention muss durch Sie als politische Vertreterinnen geschaffen werden – letztendlich müssen Ressourcen für alle benannten Bereiche zur Verfügung gestellt werden.

Zusätzlich zu den strukturellen Voraussetzungen müssen finanzielle Mittel für konkrete Projekte leicht verfügbar sein.

Lassen Sie uns nicht auf das nächste tragische Ereignis warten, bis der Aufbau nachhaltiger Präventionsarbeit beginnt.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt.

Wir brauchen Sie!

Rathenow am 19.10.2023